



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



AUS DEM INHALT
Ausgabe September 2008

- **Kaukasus-Krise**
- **Lebensmittelkennzeichnung**
- **Sacharow-Preis**
- **Emissionshandel**
- **Bericht zur Städtischen Mobilität**
- **Europawahl 2009**
- **Einigung zu Arbeitszeitrichtlinie**
- **Neue EU-Strategie zur Erforschung der Meere**

Liebe Leserinnen und Leser,

Europa wurde während der Sommerpause von den Ereignissen im Kaukasus erschüttert. Uns allen wurde tragisch vor Augen geführt, dass kriegerische Auseinandersetzungen auch in Europa noch möglich sind.

Die russische Reaktion war unverhältnismäßig und brachte zum Ausdruck, dass Russland nicht nur den status quo der „eingefrorenen Konflikte“ in Abchasien und Südossetien wiederherstellen wollte, sondern Georgien durch Besetzung von Teilen des Kernlandes klar machen wollte, dass es in seiner Einflusszone gefälligst nicht westwärts zu marschieren habe. Unabhängig von georgischem Fehlverhalten kann die EU nicht akzeptieren, dass ein Land oder Volk in Europa aufgrund seiner geografischen Lage weniger Recht auf Selbstbestimmung hat als andere.

Die EU hat unter Führung von Ratspräsident Sarkozy Stärke in der Krise bewiesen. Der ausgehandelte Waffenstillstand, sowie das eindeutige und geschlossene Signal, das vom Sondergipfel am 1. September ausging, zeigen deutlich, dass die EU große außenpolitische Herausforderungen annehmen kann und will. Auch deshalb ist der Lissabon-Vertrag notwendig.

Abgelehnt wird dieser Vertrag im Europäischen Parlament nur von den politischen Rändern ganz rechts und ganz links - in Deutschland von den Kommunisten der Linkspartei. Ein handlungsfähiges Europa geht also nicht mit links. Aber offenbar Hessen.

Falls es dazu käme, wäre das ein ziemlicher Rückschlag für das wirtschaftsstärkste Bundesland, das - noch - am meisten in den Länderfinanzausgleich zahlt. Ein Rückschlag auch für die Glaubwürdigkeit in der Politik - vor und nach der Wahl - wegen Frau Ypsilanti. Aber da steht die Mehrheit in geheimer Wahl noch nicht.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Michael Gahler

Äußerer Druck schweißt zusammen:

Die Kaukasus-Krise als Beispiel für die Notwendigkeit – und die Fähigkeit zu gemeinsamen Positionen in Europa

Instabilität bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen ist auch in Europa noch möglich – jedenfalls außerhalb der 27 EU-Mitgliedstaaten. Seit dem Zusammenbruch des Kommunismus war der blutige Zerfall Jugoslawiens nur ein Beispiel. Die bis vor kurzem „eingefrorenen Konflikte“ in Südossetien und Abchasien sind brutal wieder aufgebrochen, nachdem es zu Beginn der 90er Jahre bereits bewaffnete Auseinandersetzungen mit russischer Parteinahme zugunsten der Südosseten und Abchasen gegeben hatte. Ein weiterer „eingefrorener Konflikt“, der durch russische Truppen am Leben gehalten wird, ist die abtrünnige Region „Transnistrien“, zwischen Moldawien und der Ukraine gelegen, unweit der rumänischen EU-Außengrenze. Ungeklärt ist auch der künftige Status von Nagorny-Karabach, einer von Armeniern bewohnte Enklave in Aserbaidschan, die aber seit Jahren mit einem Teil Aserbaidschans von Armenien besetzt ist. Im russischen Teil des Kaukasus, in Tschetschenien, Dagestan und

Inguschetien wird die Stabilität nicht mit rechtsstaatlichen Methoden aufrecht erhalten.

In dieser Situation war es wichtig, dass die EU unmissverständlich auf die Geschehnisse in Georgien reagierte. Vorab zwei Feststellungen: Wer sein Land im Westen verankern will, wie der georgische Präsident Saakaschwili, der muss interne Probleme mit demokratischen Mitteln und Probleme mit Nachbarn durch internationale Vermittlung regeln, damit er der einst keine grundlegenden innen- oder außenpolitischen Konflikte in die NATO oder EU einschleppt. Daher war seine Entscheidung, das Problem Südossetien militärisch am 7. August zu lösen, nicht akzeptabel.

Gleichzeitig war die russische Reaktion unverhältnismäßig und brachte zum Ausdruck, dass Russland nicht nur den status quo der von Russland selbst eingefrorenen Konflikte wiederherstellen wollte, sondern Georgien durch Besetzung von Teilen des Kernlandes

klar machen wollte, dass es in seiner Einflusszone gefälligst nicht westwärts zu marschieren habe.

Unabhängig von georgischem Fehlverhalten kann die EU nicht akzeptieren, dass ein Land oder Volk in Europa aufgrund seiner geografischen Lage weniger Recht auf Selbstbestimmung hat als andere. Dies hat die französische Präsidentschaft zum Ausdruck gebracht und mit Russland einen 6-Punkte-Plan zur Wiederherstellung des status quo vor dem 7. August vereinbart. Diese Vereinbarung hat Russland nicht vollständig umgesetzt. Deswegen war der Gipfel vom 1. September notwendig, um Russland deutlich zu machen, was seine internationalen Verpflichtungen sind. Daneben lassen wir die Georgier nicht im Ungewissen darüber, dass wir beim Wiederaufbau behilflich sind und engere Beziehungen zu diesem Land entwickeln, um es näher an die EU heranzuführen.

Präsident Sarkozy hat erneut am 8. September in Moskau deutlich gemacht, was aus Sicht der EU zu ge-

schehen hat: Vollständiger Rückzug Russlands aus dem georgischen Kernland, dies hat Russland zugesagt. Stationierung einer EU-Beobachtertruppe, die gemeinsam mit OSZE-Personal vor Ort dafür sorgt, dass

der Waffenstillstand eingehalten wird, Flüchtlinge zurückkehren können und dass eine internationale Untersuchung über die tatsächlichen Geschehnisse stattfindet. Von diesen Vorhaben wird keine der betei-

ligten Seiten überfordert. Wenn dies erfüllt ist, kann auch über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland weiterverhandelt werden, von dem alle Beteiligten profitieren könnten.

Lebensmittelkennzeichnung muss verbraucherfreundlich sein, ohne zu bevormunden



Derzeit wird heftig über eine Verordnung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln diskutiert. Ein besseres System der Lebensmittelkennzeichnung, das verständliche Informationen mit vergleichbaren und gut lesbaren Angaben verbindet, ist unerlässlich. Eine zukünftige Verordnung zur Lebensmittelkennzeichnung in der Europäischen Union darf aber nicht über ihr eigentliches Ziel hinauschießen, sondern muss für eine einfache handhabbare Regelung sorgen.

Wichtige Punkte sind insbesondere die Lesbarkeit von Nährwertinformationen, die Kennzeichnung von unverpackten Lebensmitteln, die Herkunftsangaben sowie unterschiedliche Darstellungssysteme.

Besonders umstritten ist die Frage der so genannten „Ampelkennzeichnung“ für Lebensmittel. Diese sieht eine Einteilung von Nahrungsmitteln in gute (grüner Punkt) oder schlechte Kategorien (roter Punkt)

vor. Die Ampelkennzeichnung ist nach Ansicht der CDU-CSU-Gruppe im Europäischen Parlament nicht nur eine Entmündigung der Bürger, sondern vor allem irreführend. Denn dann hätten beispielsweise eigentlich gesunde dunkle Brote aufgrund des Salzgehaltes einen roten Punkt, während das eher ungesunde Weißbrot einen grünen Punkt bekäme. Diese Art der Kennzeichnung kann aber nicht im Sinne der Verbraucher sein. Wir fordern daher, die Informationen auf Lebensmittelverpackungen auf das wirklich Wesentliche zu beschränken. Dies wäre auch ein wichtiger Beitrag zur Bewahrung der unterschiedlichen Ernährungsgewohnheiten in den verschiedenen Regionen, die ein wichtiger Bestandteil der europäischen Lebenskultur sind.

Kandidaten für Sacharow-Preis 2008 bekannt gegeben

20 Jahre Sacharow-Preis



Das Europäische Parlament hat am 3. September die Namen der acht Kandidaten für den diesjährigen Sacharow-Preis für Menschenrechte bekannt gegeben. In alphabetischer Reihenfolge sind dies: Ingrid Betancourt (ehemalige politische Gefangene einer Rebellengruppe in Kolumbien), Dalai Lama (geistiger Führer aus Tibet), European Roma Rights Centre

(NRO zur Verteidigung der Rechte der Roma-Bevölkerung), Hu Jia (chinesischer politischer Gefangener), Alexandr Kozulin (gerade freigelassener politischer Gefangener in Weiß-

russland), Abbot Apollinaire Malu Malu (Friedenskämpfer in der Demokratischen Republik Kongo), Mikhail Trepashkin (prominenter Dissident und Menschenrechtsverfechter in Russland) und Morgan Tsvangirai (Führer der demokratischen Opposition in Simbabwe). Der Sacharow-Preis wird vom EP an Personen verliehen, die sich auch unter persönlichem Risiko der

Menschenrechte und der Demokratie einsetzen.

Die Konferenz der Präsidenten (EP-Präsident und die Vorsitzenden der Fraktionen) wird den Gewinner des Preises Mitte Oktober 2008 auswählen. Die offizielle Preisverleihung wird dann anlässlich der Plenarsitzung in Straßburg am 17. Dezember 2008 erfolgen. Das Jahr 2008 ist das Jahr der 20. Verleihung des Sacharow-Preises durch das EP. Aus diesem Anlass wird am Vortage der diesjährigen Preisverleihung eine besondere Feierstunde in Straßburg stattfinden, zu der alle bisherigen Preisträger eingeladen sind.

EU größter Exporteur und Dienstleistungserbringer

EP fordert schrittweise, gegenseitige Öffnung der Dienstleistungsmärkte

Die EU ist mit über 28 % der weltweiten Gesamtausfuhren der größte Exporteur und Dienstleistungserbringer. Das EP fordert daher in einem Anfang September angenommenen Bericht die Kommission auf, sich um die schrittweise und gegensei-

tige Öffnung der Dienstleistungsmärkte sowie strenge Regeln und Sanktionen zur Bekämpfung der Korruption und Monopole zu bemühen. Der Handel mit Dienstleistungen mache gegenwärtig 25% des Welthandels aus. Der Sektor müsse daher das

Potenzial für mehr Arbeitsplätze nutzen können. Weitere Informationen unter: www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/026-36139-245-09-36-903-20080903IPR36138-01-09-2008-2008-false/default_de.htm

Emissionshandel: Schnelle Einigung immer unwahrscheinlicher

Der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments hat sich am 11. September mit einer knappen Mehrheit dafür ausgesprochen, CO₂-Zertifikate für den Emissionshandel der Industrie ab 2020 komplett zu versteigern. Nach einer zunächst kostenlosen Zuteilung an das produzierende Gewerbe zu Beginn der neuen Handelsperiode im Jahr 2013 sollen bis zum Jahr 2020 alle Emissionsrechte über Versteigerungen im Markt erworben werden. Bis dahin wird die Anzahl der kostenlosen Zertifikate schrittweise gesenkt.

Die CDU-CSU-Abgeordneten haben den Entschluss kritisiert, schließlich bedeutet dies für die europäische Industrie erhebliche Mehrkosten. Denn ohne internationale Vereinbarungen zur Auktionierung von Zertifikaten wird somit eine zusätzliche CO₂-Steuer für europäische Unternehmen eingeführt, der die globale Konkurrenz nicht ausgesetzt ist. Die EVP-ED-Fraktion hatte daher vorgeschlagen, dem produzierenden Gewerbe anhand von Referenzwerten (so genannten Benchmarks)

Zertifikate zuzuteilen, solange es noch keine internationale Vereinbarung zum Emissionshandel gibt. Dieses Modell schafft Anreize für Unternehmen, neue Technologien zu entwickeln.

Der federführende Ausschuss des Europäischen Parlaments wird voraussichtlich am 7. Oktober abstimmen. Die geplante Einigung mit dem Rat muss nun angesichts der weit auseinander liegenden Meinungen im Parlament und der knappen Mehrheiten stark bezweifelt werden.

Einigung zu Arbeitszeitrichtlinie bringt notwendige Flexibilität

Der Europäische Rat hat nach jahrelangen Verhandlungen eine Neufassung der EU-Arbeitszeitrichtlinie beschlossen. Die EU-Arbeitsminister hatten sich in einer Nachsitzung im Juni in Luxemburg auf eine gemeinsame Position verständigt. Die Höchstarbeitszeit soll zukünftig grundsätzlich bei 48 Stunden pro Woche liegen, es soll aber Ausnahmen geben, über die die Tarifpartner das letzte Wort haben sollen. Bis zu 65 Wochenstunden sollen aber möglich sein, wenn

Bereitschaftszeit als Arbeitszeit gewertet wird. Dabei soll zwischen „aktivem“ und „inaktivem“ Bereitschaftsdienst unterschieden werden.

Dies entspricht der Forderung der EVP-ED-Fraktion und brächte die notwendigen Spielräume für die Umsetzung vor Ort, denn die Bereitschaft bei der Feuerwehr ist anders als die eines Arztes in der Klinik. Darüber hinaus gehende Ausnahmen von der wöchentlichen Höchstarbeitszeit bedürfen der Zustimmung

der Tarifpartner. Das ist eine gute Lösung, sind es doch die Tarifpartner die das Arbeitsrecht in der Praxis gestalten und mit den Faktoren Lohn und Freizeitausgleich auch die nötige Flexibilität haben, um zu tragfähigen Vereinbarungen zu kommen.

Der Kompromiss des Rates bringt also die notwendige Flexibilität vor Ort und steht in Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes. Der Richtlinie muss nun noch vom Europäischen Parlament zugestimmt werden.

Parlament verabschiedet Bericht zur Städtischen Mobilität



Das Europäische Parlament hat Anfang Juli einen Bericht zur städtischen Mobilität angenommen. Grundlage war ein so genanntes Grünbuch (hier „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“) der Kommission, das eine Diskussionsgrundlage zu geplanten Rechtsvorhaben darstellt. Das Parlament fordert ein europaweites

Gesamtkonzept, damit die Verpflichtungen der EU zum Umweltschutz und zur Senkung der Treibhausgasemissionen besser verwirklicht werden können. Allerdings solle die EU den Städten nicht vorschreiben, wie kommunale Verkehrsprobleme gelöst werden können. Die Abgeordneten bevorzugen das Modell einer ‚Running

Sushi-Bar‘, wonach Europa im Rahmen seiner legislativen und budgetären Möglichkeiten ein vielfältiges Angebot zur Verfügung stellt, aus dem die Städte die für ihre Bedürfnisse richtigen Elemente auswählen können. Der Bericht ist erhältlich unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=//EP//NONSGML+REPORT+A6-2008-0252+0+DOC+PDF+V0//DE>

Das Grünbuch finden Sie unter http://ec.europa.eu/transport/clean/green_paper_urban_transport/doc/2007_09_25_gp_urban_mobility_memo_de.pdf

EU auf der EXPO vertreten

Schwerpunkt Wasser

Der 5. September war der Tag der Europäischen Union auf der Expo 2008 in Saragossa. In der nordspanischen Stadt lief bis zum 14. September die 20. Weltausstellung. Schwerpunkt der diesjährigen Expo war das Thema „Wasser und nachhaltige Entwicklung“. Folgerichtig präsentierte die EU ihre Politiken in diesen Bereichen. Mehrere

Initiativen der EU, die im Sechsten Umweltaktionsprogramm unter dem Titel „Umwelt 2010: Unsere Zukunft liegt in unserer Hand“ zusammengefasst sind, richten sich auf den Schutz der maritimen Lebensräume, die Sicherstellung und Versorgung mit Trinkwasser und den nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser.

Der Pavillon stellt sich immer noch digital vor unter: <http://expozaragoza2008.europa.eu>



Auftakt zur Europawahl 2009

Europawahl-Wecker und Europawahl-Plakatwettbewerb „SCHÖNER WÄHLEN“

Am 7. Juni 2009 wird in Deutschland zum siebten Mal das Europäische Parlament direkt gewählt. Mit mehreren Aktionen soll bereits jetzt -acht Monate vor der Wahl- auf dieses Datum aufmerksam gemacht werden. Das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland hat im Juni die interaktive Aktion „Per Handy zur Europawahl 2009“ gestartet, mit der besonders die junge Generation angesprochen werden soll. Interessierte Nutzer können über ein Online-Formular ihre Mobil-

telefonnummer oder Email-Adresse angeben und erhalten dann rechtzeitig vor der Europawahl eine SMS beziehungsweise Email als Erinnerung an den Wahltermin. Das Angebot ist erhältlich unter <http://www.europarl.de/jugend/wahlerinnerung.jsp>

Erstwähler sind darüber hinaus aufgefordert am Plakatwettbewerb „SCHÖNER WÄHLEN“ teilzunehmen. Es sollen Plakate entworfen werden, die zur Teilnahme an der Europawahl 2009 aufrufen und sich an Erstwähler richten. Die besten Entwür-

fe werden prämiert und sollen Teil der Kampagne der



Aktion Europa zur Europawahl werden. Die drei Siegerteams werden darüber hinaus zu einem dreitägigen Berlin-Aufenthalt eingeladen. Mitmachen können junge Erwachsene ab 17 Jahren, die sich in Teams zu drei oder vier Teilnehmern zusammenfinden. Die Aktion stellt sich vor unter:

www.europa-plakatwettbewerb.de

Neue EU-Strategie zur Erforschung der Meere

Die Europäische Kommission hat Anfang September ihre Strategie für die Meeresforschung und die maritime Forschung verabschiedet. Darin werden unter anderem Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau in den Bereichen neuer Infrastrukturen (Ozeanbeobachtungsstellen, spezialisierte Forschungsschiffe), verstärkte Integration durch Förderung

interdisziplinärer Forschung zu bereichsübergreifenden



Themen (zum Beispiel Auswirkungen der Tätigkeit des Menschen auf Küsten- und Meeresökosysteme) und zur Kombination von Finanzie-

rungsmechanismen vorge schlagen.

Ziel der verstärkten Zusammenarbeit soll sein, nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit Umweltschutz bei Tätigkeiten auf See zu verbinden.

Weitere Informationen zur integrierten Meerespolitik der EU erhalten Sie hier:

http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/index_de.html

Auswahlverfahren für Betreiber von Satellitenmobilfunkdiensten gestartet

Die Kommission hat ein Verfahren zur Auswahl von Betreibern europaweiter Satellitenkommunikationsdienste eingeleitet. Damit werden erstmals Satellitenbetreiber die Möglichkeit erhalten, Dienste wie schnelle Daten

übertragung, Mobilfernsehen, Katastrophenhilfe und Telemedizin im Zuge eines einzigen europäischen Auswahlverfahrens genehmigen zu lassen, anstatt wie bisher unter 27 verschiedenen nationalen Systemen. Damit können in-

novative Funkdienste schon ab 2009 europaweit über die eigens dafür reservierten Frequenzen abgewickelt werden. http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecom/current/pan_european/index_en.htm

Internationale Zusammenarbeit im Filmsektor

Die europäische Filmwirtschaft boomt. Das zeigt die große Resonanz im Rahmen der neuen EU-Initiative „MEDIA International“, durch die die EU Fördermittel in Höhe von annähernd zwei Millionen Euro für 18 Projekte bereitstellen wird. Partner aus Kanada, Lateinamerika, Indien, China, Südko-

rea, Japan, Marokko, Bosnien, der Türkei und Georgien werden daran beteiligt sein. Die Projekte sehen gemeinsame Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Filmschaffende, Werbemaßnahmen sowie eine Zusammenarbeit zwischen Kinonetzwerken vor. Damit soll das Fundament für ein um-

fassenderes EU-Filmkooperationsprogramm gelegt werden, das im Jahr 2011 unter der Bezeichnung MEDIA MUNDUS anlaufen soll. Siehe auch: http://ec.europa.eu/information_society/media/mundus/index_en.htm

Bevölkerungsentwicklung bis 2060

Derzeit ist Deutschland mit knapp 82 Mio. Einwohnern noch das bevölkerungsreichste Land in der EU. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, EUROSTAT, hat Ende August einen Bericht über die Entwicklung der Bevölkerung für den Zeitraum 2008 bis 2060 vorgelegt. Demnach werden 2060 Großbritannien und

Frankreich wahrscheinlich mehr Einwohner haben als Deutschland. Die Statistiker stellten fest, dass in den 27 Mitgliedstaaten der EU die Zahl der Sterbefälle ab 2015 die Zahl der Geburten übersteigen wird und 2060 fast dreimal so viele Menschen wie heute 80 Jahre und älter sein werden. Weitere Informationen unter <http://ec.europa.eu/eurostat>

IMPRESSUM

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 10 E 217
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 59 77
Fax: 0032-2-284 99 77
E-Mail: michael.gahler@europarl.europa.eu
Regionalbüro Süd- und Westhessen
Odenwaldstrasse 5
D-64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-93 25 94
Fax: 06152-93 25 93